



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

Jugendliche für ein rauchfreies Leben Ein europäisches Jugendmanifest

Präambel

Wir, die Jugend Europas, sind über den Einfluss, den das Rauchen und das Passivrauchen auf den einzelnen ausübt, zutiefst beunruhigt. Im Bewusstsein des Grundrechts auf gesundheitliche Versorgung und eine gesunde Umwelt sowie der Tatsache, dass jeder ein Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, hat und dass jeder und jede in der Lage sein sollte, sich für Gesundheit zu entscheiden, geben wir dieses Manifest heraus.

Einleitung

Rauchen ist als größte vermeidbare Todesursache in der EU für die Gesundheits-, Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik von immenser Bedeutung. EU-weit nahmen 10.000 Jugendliche an einem Projekt des European Youth Forum (YFJ) „Young People: For a Life without Tobacco?“ („Was halten Sie von einem Leben ohne Zigaretten?“) teil. Die intensiven Diskussionen mündeten in zahlreiche Forderungen und Empfehlungen für effizientere Politiken auf lokaler, nationaler und EU-Ebene. Dieses Europäische Manifest fasst die Ergebnisse der nationalen Beratungsprozesse in den EU-Mitgliedstaaten zusammen, wie sie von gut 200 nationalen Vertretern am 21. Mai 2006 in Brüssel verabschiedet wurden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Mehr Mitsprache für die Jugend

Jugendorganisationen sollten bei wichtigen politischen Entscheidungen, die das Leben von Jugendlichen betreffen, konsultiert und aktiv mit einbezogen werden. Daher ist die Mitarbeit von Jugendorganisationen bei der Formulierung von politischen Entscheidungen, die das Rauchen betreffen, außerordentlich wichtig.

Wir meinen, dass sich die positiven und negativen Auswirkungen politischer Entscheidungen, insbesondere im Falle der Raucherpolitik, am deutlichsten langfristig zeigen, das heißt, dass die Jugend die Konsequenzen zu tragen haben wird, da sich die Politik auf ihre Lebensqualität und Gesundheit auswirkt.

Daher empfehlen wir:

- Langfristige Strategien gegen das Rauchen zu entwickeln und Jugendliche in alle Phasen mit einzubeziehen (d.h. bei der Entwicklung, beim Monitoring und bei der Evaluation dieser Politik);
- Jugendorganisationen in den Prozess der Politikentwicklung als Verbindungsglied zwischen EntscheidungsträgerInnen und der Jugend aktiv einzubinden; ferner sollte die Jugend zu rauchassoziierten Themen befragt und sowohl an der Schule als auch außerhalb aufgeklärt werden;
- Mehr langfristige Unterstützungsmaßnahmen (politische, logistische, finanzielle etc.) für Jugendorganisationen, die sich für Raucherprävention und Harm-Reduction einsetzen, zu treffen;
- Kurzfristige Ziele zu definieren, um anstehende Themen unmittelbar anzugehen;
- EntscheidungsträgerInnen sollten bei allen tabakassoziierten Themen den Dialog zwischen allen Beteiligten in Gang bringen und fördern;
- Die Förderung und Finanzierung geschlechts- und altersspezifischer Entwöhnungsprogramme unter Einbeziehung von Jugendorganisationen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene durch die Europäische Kommission, die GD Forschung und die GD Gesundheit und Verbraucherschutz;
- Entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten für das 7. Rahmenprogramm und den Public Health-Fund vorzusehen. Die Ergebnisse sollten der Öffentlichkeit, vor allem aber Jugendorganisationen und Massenmedien, aktiv zugänglich gemacht werden.

Aufklärung und Prävention!

Als Hauptakteure der außerschulischen Bildung erfüllen Jugendorganisationen unter Jugendlichen bei der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft und der Mitsprache eine Schlüsselrolle. Auch bei der Meinungs- und Verhaltensbildung kommt ihnen eine wichtige Rolle zu. Ferner haben die schulische und außerschulische Aufklärung bezüglich Raucherprävention und Hilfestellung für Jugendliche, eine fundierte Wahl zu treffen, immense

1 Bedeutung; dies ist besonders bei RaucherInnen wichtig, die sehr jung
2 anfangen und dem Druck von Gleichaltrigen ausgesetzt sind.

3
4 Daher empfehlen wir:

- 5 ■ Initiativen zur Unterstützung außerschulischer Gesundheitserziehung
6 vermehrt zu unterstützen und Jugendorganisationen zu involvieren;
- 7 ■ Die Kampagnen sollten sich auf die positiven Aspekte des Nichtrauchens
8 konzentrieren.
- 9 ■ Mit der Gesundheitserziehung so früh wie möglich zu beginnen und sie
10 über alle Ausbildungsphasen hinweg fortzusetzen;
 - 11 ■ daran sollten Jugendliche (z.B. Studentenräte) sowie andere
12 Interessensgruppen wie NGOs, Gesundheitsministerien und die
13 Medien mitwirken;
- 14 ■ Ein integriertes, ganzheitliches Programm für ein gesundes Leben zum
15 Zwecke der schulischen Aufklärung zu entwickeln und verpflichtend
16 umzusetzen. Dieses sollte eine positive Herangehensweise an Aufklärung
17 mit Schwerpunkt auf Alternativen bei der Raucherprävention und
18 Entwöhnung bieten. Das Programm sollte weiters flexibel sein und sich auf
19 spezifische Gruppen abstimmen lassen, z.B. Alter, Geschlecht,
20 RaucherInnen, NichtraucherInnen, sozioökonomische Gruppen etc. Dieser
21 Aufklärungsprozess sollte auf die Entwicklung des Individuums hin zu einer
22 selbstverantwortlichen Verhaltensänderung abzielen;
- 23 ■ EU-Institutionen sollten bewusstseinsbildende Kampagnen zum
24 Passivrauchen umsetzen:
 - 25 - A) für Jugendliche;
 - 26 - B) für RaucherInnen allgemein;
 - 27 - C) für Eltern, die ihre Kinder dem Passivrauch aussetzen;
- 28 ■ Interaktive und zielgerichtete Kampagnen zum Rauchen zu initiieren - die
29 Jugendlichen abholen, wo sie sind;
- 30 ■ Eltern zu ermutigen bei der Gesundheitserziehung mitzuwirken und sie
31 darin zu unterstützen; rauchende Eltern sollten ermutigt und unterstützt
32 werden aufzuhören;
- 33 ■ Evidenzbasiertes Training und Ausbildung für alle bezahlten und
34 freiwilligen Kräfte, die in der Ausbildung von Jugendlichen, der Sozial- und
35 Gesundheitsbetreuung tätig sind, um sie in die Lage zu versetzen, den
36 Jugendlichen korrekte, topaktuelle Informationen zu vermitteln.

37 38 **Zugang, Sichtbarkeit und Entwöhnung**

39 Um noch mehr Gesundheitsprobleme und noch höhere Kosten für die
40 Gesellschaft zu vermeiden, ist es äußerst wichtig, dass weniger junge
41 Menschen rauchen. Derzeit gibt es jedoch zu wenig Unterstützung für
42 entwöhnungswillige RaucherInnen. So sind beispielsweise
43 Nikotinersatzpräparate häufig teurer als Zigaretten. Entwöhnungsinstrumente
44 und entsprechende Hilfestellungen, wie etwa Nikotinersatztherapien sollten
45 Jugendlichen kostenlos zur Verfügung stehen, wenn eine entsprechende
46 therapeutische Einbettung gegeben ist. Da viele im jugendlichen Alter zu
47 rauchen beginnen, ist es vordringlich, die bestehende Gesetzgebung
48 hinsichtlich der Beschränkung des Zugangs von Jugendlichen zu

1 Tabakprodukten durchzusetzen, was derzeit leider kaum der Fall ist.
2 Schließlich sind Jugendliche auch die Hauptzielgruppe der
3 Zigarettenwerbung. Daher meinen wir, dass die Einführung eines besseren
4 Gesetzes geboten ist, das die Verletzlichkeit von Kindern und Jugendlichen
5 berücksichtigt.

6
7 Daher empfehlen wir:

- 8 ▪ Den Zugang zu Entwöhnungskliniken und psychologischer Unterstützung zu
9 erleichtern, kostenfrei zur Verfügung zu stellen und über die Tabaksteuer
10 zu finanzieren;
- 11 ▪ Nikotinersatz und andere Methoden der Entwöhnung zu niedrigeren
12 Preisen anzubieten als Zigaretten. Auch ist der Zugang zu erleichtern;
- 13 ▪ Die Gesetze über das Mindestalter für den Einkauf entsprechend
14 durchzusetzen;
- 15 ▪ Alle Formen der Zigarettenwerbung zu verbieten;
- 16 ▪ Nikotinersatzbehandlungen nicht höher zu besteuern als andere
17 Medikamente;
- 18 ▪ Wir verlangen die Umsetzung einer einheitlichen Zigarettenverpackung,
19 nämlich Schwarzweiß in der Schriftart Arial, um die Verwendung farbiger
20 Designs als subtile, direkte Werbung für Tabakprodukte zu unterbinden;
- 21 ▪ Die Verpackungen sollten verschiedene Gesundheitshinweise aufweisen,
22 welche zumindest 75% der Packungsgröße ausmachen sollten;
- 23 ▪ Auf der Rückseite der Packung sollten Menschen oder Organe, die durch
24 Tabakrauch in Mitleidenschaft gezogen wurden, abgebildet sein;
- 25 ▪ Ein Prozentsatz der Steuereinnahmen aus dem Tabakkonsum sollte direkt
26 für die Finanzierung von Entwöhnung, Prävention und
27 Substitutionsprogrammen zur Verfügung stehen;
- 28 ▪ Ein Einzelhandelslizenzsystem und ein Verbot von Zigarettenautomaten
29 sowie des Internethandels mit Zigaretten einzuführen, um Personen unter
30 der gesetzlichen Altersgrenze den Zugang zu Tabakprodukten zu
31 verwehren. Weiters sollten Tabakprodukte nicht in Auslagen sichtbar sein.
- 32 ▪ Nichtraucherkampagnen sollten sich auf den durch das Rauchen
33 verursachten Schaden konzentrieren, Abstinenzkampagnen die positiven
34 Aspekte des Nichtrauchens in den Vordergrund stellen;
- 35 ▪ Das gesetzliche Mindestalter für den Kauf von Tabakprodukten EU-weit mit
36 18 Jahren festzulegen und entsprechend durchzusetzen;
- 37 ▪ Ein Verbot suchtfördernder Zusatzstoffe, Karzinogene und anderer Gifte in
38 Tabakprodukten einzuführen, die ein Gesundheitsrisiko für Aktiv- und
39 PassivraucherInnen darstellen;
- 40 ▪ Bilder mit den Auswirkungen des Rauchens auf Tabakprodukten
41 anzubringen sowie den Packungen eine Broschüre beizulegen, die
42 RaucherInnen über die Auswirkungen ihrer Gewohnheit und die
43 Möglichkeiten der Unterstützung beim Aufhören informiert;
- 44 ▪ Wichtig ist auch der Schutz weniger entwickelter Länder vor der
45 Tabakindustrie, welcher durch die Anwendung europäischer Standards auf
46 sämtliche Aktivitäten in Europa ansässiger Firmen zu gewährleisten ist,
47 unabhängig vom endgültigen Bestimmungsort der Produkte.

48

1 Schutz vor dem Passivrauch

2 Es sollte ein Recht auf eine rauchfreie Umgebung in Innenräumen und an
3 abgeschlossenen öffentlichen Plätzen gegeben sein. Infolgedessen sollte das
4 Leitprinzip des Rauchverbots in der Verhinderung der Exposition an
5 Passivrauch in öffentlichen Räumen und Einrichtungen, am Arbeitsplatz und in
6 der eigenen Wohnung liegen, wobei den schwächeren Mitgliedern unserer
7 Gesellschaft, speziell ungeborenen Kindern, besonderes Augenmerk zu
8 schenken ist. Dies kann über ein umfassendes Rauchverbot an öffentlichen
9 Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an Schulen, in Krankenhäusern,
10 Kindergärten und am Arbeitsplatz sowie in Freizeiteinrichtungen
11 (insbesondere Hotels, Bars und Restaurants) erreicht werden.

12
13 Viele Länder haben bereits Beschränkungen des Rauchens am Arbeitsplatz
14 implementiert, einige haben ein weitreichendes Rauchverbot umgesetzt. Die
15 Durchsetzung dieser Gesetze ist in allen Ländern zu gewährleisten. Generell
16 wurde die Erfahrung gemacht, dass die Einführung von Rauchverboten nach
17 einer kurzen Übergangsphase von den meisten BürgerInnen und
18 VerbraucherInnen unterstützt und die Bedeutung solcher Gesetze verstanden
19 wird.

20
21 Rauchverbote stellen eine Schlüsselmaßnahme beim Umgang mit der
22 Tabakproblematik dar, daher meinen wir, dass

- 23
- 24 ■ Alle Arbeitsumgebungen und Innenräume öffentlicher Gebäude rauchfrei
25 sein sollten;
- 26 ■ Ein totales Rauchverbot die beste Option ist. Nur wenn außerhalb des
27 Arbeitsplatzes keine ausgewiesene Raucherzone bereitgestellt werden
28 kann, sollte ein Innenraum für das Rauchen zur Verfügung stehen - dieser
29 sollte mit einer effizienten, wirksamen Klimaanlage und einem
30 ebensolchen Filtersystem ausgestattet sein, das direkt nach außen geht. In
31 dem Raum sollten weder Speisen noch Getränke konsumiert werden;
- 32 ■ Öffentliche Behörden in den anderen Mitgliedstaaten sollten versuchen,
33 ähnliche Rauchverbote in öffentlichen Institutionen und an anderen
34 öffentlichen Plätzen einzuführen. Sowohl Mitgliedstaaten, die
35 Rauchverbote umsetzen als auch jene, in denen kein Rauchverbot
36 herrscht, können voneinander lernen, wie Beschränkungen am effektivsten
37 eingeführt werden können;
- 38 ■ Ein adäquates Monitoring und eine entsprechende Evaluation der
39 Umsetzung des Rauchverbotsgesetzes sind geboten;
- 40 ■ Den Verkauf von Packungen mit 10 oder weniger Zigaretten zu verbieten;
- 41 ■ Sowohl RaucherInnen als auch NichtraucherInnen sind zu respektieren;
- 42 ■ Rauchverbote sollten durch stichprobenartige Nachschau an öffentlichen
43 Plätzen effizienter durchgesetzt werden;
- 44 ■ Länder mit einer starken Abhängigkeit von der Tabakindustrie sollten zur
45 Entwicklung anderer Industriezweige ermutigt und darin unterstützt
46 werden.

47
48

1 **Passivrauchen und Kinder**

2 Die Notwendigkeit eines speziellen Schutzes von Minderjährigen, Babys und
3 Ungeborenen sollte stärker ins Bewusstsein rücken.

4
5 Dies sollte über spezielle Kampagnen und Aufklärung erfolgen. Zielgruppen
6 sind vor allem die Gesellschaft im allgemeinen und in zweiter Linie
7 Schwangere und ihr Umfeld.

8
9 Ziel ist es, die Menschen über den Schaden, den das Rauchen im Uterus
10 anrichtet, und die potentielle Gefährdung von Kindern durch rauchende
11 Eltern zu informieren.

12
13
14
15
16
17 **Schlussfolgerung**

18 'Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie
19 Gesundheit und Wohl gewährleistet', Art. 25, Allgemeine Erklärung der
20 Menschenrechte.

21
22 In Anerkennung der eindeutigen Beweislage, wonach das Rauchen die größte
23 verhinderbare Einzelursache für Erkrankungen und einen frühen Tod in
24 entwickelten Ländern darstellt, gelangen die Konferenzteilnehmer zu dem
25 Schluss, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, Jugendliche
26 vor den Gesundheitsrisiken und Schäden des Tabakkonsums wie des
27 Passivrauchens zu schützen. Dazu sind Präventions- und
28 Entwöhnungsmaßnahmen umzusetzen und allen Gruppierungen der
29 Gesellschaft, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion und sozialem Status
30 zur Verfügung zu stellen. Um eine beträchtliche Erhöhung der
31 behinderungsfreien Lebenszeit zu erreichen, sind NichtraucherInnen und
32 RaucherInnen aktiv in den Prozess einzubinden. Ziel ist eine Gesellschaft, in
33 der sich weder NichtraucherInnen noch RaucherInnen unnötig isoliert,
34 diskriminiert oder in ihren persönlichen Rechten und Freiheiten eingeschränkt
35 fühlen. Um die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,
36 insbesondere in den Artikeln 3 und 25 festgelegten Rechte zu gewährleisten,
37 darf niemand (besonders nicht Kinder) unfreiwillig dem Passivrauch
38 ausgesetzt werden. Um den Jugendlichen eine fundierte Entscheidung zu
39 ermöglichen und RaucherInnen in ihrem Entschluss aufzuhören zu
40 unterstützen, sind Informationen über das Rauchen und seine Folgen von
41 größter Bedeutung und sollten jedermann zugänglich sein.

42
43 Abschließend stellen wir fest, dass Gesundheit von Männern und Frauen noch
44 immer am höchsten bewertet wird und von allen Rechten, die den Menschen
45 am Herzen liegen und international gesetzlich verankert sind, keines
46 grundlegender ist als das Recht auf Gesundheit.